Dringlichkeitsanfrage

des Abgeordneten Schlösser (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Finanzministeriums

Tilgung von Corona-Notfallkrediten – Tilgungszeitraum

Der 8. Thüringer Landtag hat bisher keinen Notfall in Bezug auf eine Corona-Pandemie festgestellt. Die Krisensituation ist daher aufgrund der Prinzipien Jährigkeit und Jährlichkeit beendet. Der Landeshaushaltsplan für das Jahr 2025 sieht keine Tilgung der Corona-Notfallkredite vor. Die Landesregierung hatte hierzu in der Drucksache 8/1168 in Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage in der Drucksache 8/1079 mitgeteilt, dass die Tilgung von Corona-Notfallkrediten gemäß § 18 Abs. 3 Satz 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) innerhalb von 15 Jahren vorgesehen ist, ohne Festlegung auf jährliche Tilgungsbeträge. Eine Tilgung erfolgte erstmals im Jahr 2022 (257,7 Millionen Euro), im Jahr 2024 wurden 72,8 Millionen Euro getilgt. Für das Jahr 2025 ist keine Tilgung geplant. Die Tilgungsplanung ist Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung. Für den Doppelhaushalt für die Jahre 2026/2027 wird meiner Kenntnis nach eine Fortsetzung der Tilgung und eine Verlängerung des in § 18 Abs. 3 Satz 1 ThürLHO festgelegten Zeitraums auf 30 Jahre angestrebt.

Das **Thüringer Finanzministerium** hat die **Dringlichkeitsanfrage** vom 17. Juni 2025 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 4. Juli 2025 beantwortet:

Auf welcher Rechtsgrundlage wurde jeweils die Verlängerung des Tilgungszeitraums vorgenommen und wurden hierzu der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags oder der Landtag beteiligt; wenn ja, in welcher Form?

Antwort:

Die Vorgaben zur Tilgung von Krediten aufgrund von Einnahmeausfällen oder zum Ausgleich eines außergewöhnlichen Finanzbedarfs infolge von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen sind gesetzlich im § 18 Abs. 3 ThürLHO normiert.

Mit den Regelungen in der Thüringer Landeshaushaltsordnung werden die Vorgaben der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse des Artikels 109 Abs. 3 Grundgesetz landesgesetzlich umgesetzt. Die Vorgaben des Grundgesetzes sehen unter anderem eine Tilgungsregelung vor. Hinsichtlich der Länge des Tilgungszeitraums werden jedoch keine Vorgaben gemacht („Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen.“)

Die Regelung in § 18 Abs. 3 ThürLHO sah ursprünglich einen Tilgungszeitraum von fünf Jahren vor. Im Zeitraum vom 31. Dezember 2020 bis 29. Dezember 2023 enthielt die Regelung einen Zeitraum von acht Jahren. Seit dem 30.12.2023 sieht § 18 Abs. 3 ThürLHO die Rückführung von Notlagenkrediten innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren vor (siehe auch Antwort der Landesregierung in der Drucksache 8/1168 auf die Dringlichkeitsanfrage in der Drucksache 8/1079).

Änderungen der Thüringer Landeshaushaltsordnung werden vom Landesgesetzgeber beschlossen. Nach erster Lesung im Plenum des Landtags erfolgt üblicherweise die Überweisung in den federführenden Ausschuss (in diesem Fall der Haushalts- und Finanzausschuss). Auf Basis von dessen Beschlussempfehlung erfolgt die abschließende Beratung und Beschlussfassung erneut im Plenum. Insofern waren sowohl der Haushalts- und Finanzausschuss als auch der Landtag an den Änderungen beteiligt.

Der nach § 18 Abs. 3 ThürLHO vorgeschriebene Tilgungsplan sowie erläuternde Informationen dazu sind Bestandteil der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes. Erstmals aufgenommen wurde der Tilgungsplan in die Mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2022 bis 2026. Die Mittelfristige Finanzplanung wird jährlich fortgeschrieben. Dies erlaubt auch Anpassungen am Tilgungsplan, etwa infolge gesetzlicher Änderungen zur festgeschriebenen Tilgungsdauer in § 18 Abs. 3 ThürLHO.

Der in der jeweiligen Mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesene Tilgungsplan erfüllt die Vorgaben von § 18 Abs. 3 ThürLHO. Er umfasst (jeweils einzeln) alle Jahre der gesetzlich vorgegebenen Tilgungsdauer mit der zum Zeitpunkt der Erstellung der Mittelfristigen Finanzplanung erwarteten Verteilung der Tilgungsbeträge auf die einzelnen Jahresscheiben.

Die Mittelfristige Finanzplanung wird von der Landesregierung beschlossen und vom Landtag zur Kenntnis genommen.

In Vertretung

Scholz
Staatssekretär